

FDPBW · Rosensteinstr. 22 · 70191 Stuttgart

Bundesverband der Familien-
zentren
Frau A. Falk

a.falk@kkstiftung.de

Stuttgart, 28.01.2016

Sehr geehrte Frau Falk,

herzlichen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine der Familienzentren und die die damit verbundene Möglichkeit, die Positionen der Freien Demokraten deutlich machen zu können. Nachfolgend Ihre Fragen und unsere Antworten:

Qualität in der frühkindlichen Bildung:

- 1) Welche Bedeutung haben Familienzentren aus Sicht der FDP für die Qualität und Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung?
- 2) Wie möchte die FDP Familienzentren (nach der obenstehenden Definition) in Baden-Württemberg fördern?

Für eine gelingende Familienpolitik sind die Kommunen neben weiteren Akteuren unverzichtbarer Partner des Landes. Gute Vernetzungsstrukturen und sozialraumorientierte bedarfsgerechte Angebote müssen aus der Mitte der Bürgergesellschaft wachsen und können in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht von oben aufgezwungen werden. Wir wollen die Eltern für den Bereich der Elternbildung sensibilisieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass wieder alle Eltern den Bildungsgutschein im Rahmen des Programms STÄRKE bekommen. Grün-rot hat hier mit der Rückführung der Fördermöglichkeiten zu einer Engführung geführt, die wir nicht mittragen wollen.

- 3) Was planen Sie in der kommenden Legislatur, um nach dem quantitativen Ausbau nun auch den qualitativen Ausbau im U3-Bereich zu verbessern?
- 4) Wie möchten Sie die Fachkraft-Kind-Relation (U3- und Ü3-Bereich) in Baden-Württemberg senken, um die Bildungsqualität und die Chancengerechtigkeit im frühkindlichen Bereich zu verbessern?

Die FDP tritt dafür ein, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung vor allem auch als Bildungseinrichtungen zu begreifen. Unser wichtigstes Ziel ist es, eine hohe Qualität der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote sicherzustellen. Gleichzeitig betrachten wir Freie Demokraten es als unseren Auftrag, für eine möglichst große Wahlfreiheit der Eltern zu sorgen. Eine Betreuung durch Tageseltern ist als gleichwertig mit einer Betreuung in einer Kindertagesstätte anzuerkennen und auch entsprechend zu bezuschussen. Im Grundschulbereich sollen die Eltern die Wahl besitzen, ob sie ihr Kind für eine verpflichtend-rhythmisierte Ganztagsbetreuung, für offene Angebote am Nachmittag oder nur zu einem wesentlich am Vormittag stattfindenden Unterricht anmelden. Qualität und Wahlfreiheit sind für uns Freie Demokraten zwei Seiten derselben Medaille. Wahlfreiheit zieht einen Wettbewerb im besten Sinne nach sich und sichert somit die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote.

Wir werden:

mit kommunalen und freien Trägern ein Gutscheinformodell entwickeln. Die Eltern können die Gutscheine flexibel für ihre Kinder einsetzen und damit die Finanzierung von frühkindlicher Betreuung auf eine tragfähige Grundlage stellen,

die Tageseltern an Investitionszuschüssen beteiligen, die bislang nur den Kindertagesstätten zugutekommen,

dafür Sorge tragen, dass der Orientierungsplan für eine gute frühkindliche Bildung in den Kindergärten flächendeckend umgesetzt wird, die dafür notwendige Personalausstattung sichergestellt ist und der Plan verbindlich erklärt wird,

die im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung bereits praktizierte Sprachstandserhebung mit den mittlerweile gewonnenen Erfahrungen weiterentwickeln. Ziel ist es, sie mit einer individuellen Bildungs- und Entwicklungsberatung zu verbinden, um nicht nur Defizite auszugleichen, sondern auch Begabungen und Neigungen zu fördern.

- 5) Der Bundesverband für Familienzentren e.V. hält vor allem den Early Excellence Ansatz und das Sure Start Programm aus England geeignet, um Inklusion (Inklusion nach: Prengel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Opladen 1993/2006) in Baden-Württemberg gelingend umzusetzen. Wie möchte die FDP in der kommenden Legislaturperiode die Inklusion im frühkindlichen Bereich in Baden-Württemberg – auch vor dem Hintergrund der Zuwanderung - weiter vorantreiben?

Der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bietet eine solide Basis für die Entwicklung tatsächlich in der Praxis lebbarer Inklusion. Daneben setzen wir auf Vielfalt im Sinne von diversity management. Wir begreifen Vielfalt als Chance und wollen entsprechende Strategien entwickeln.

Strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen

- 6) Möchte die FDP Einrichtungen, die ein umfassendes und ganzheitliches Angebot für Familien anbieten, zusätzlich fördern?
- a) Wenn ja, welche personellen oder finanziellen Ressourcen wird die FDP auf Landesebene hierfür zur Verfügung stellen?
 - b) Wenn nein, wie möchte die FDP die Familienfreundlichkeit in Baden-Württemberg fördern?

Wir wollen dadurch, dass wieder alle Eltern den Bildungsgutschein des Landesprogramms STÄRKE erhalten sollen, den Stellenwert von Bildungsangeboten erhöhen und die Bereitschaft wecken, in Kompetenzen zu investieren.

- 7) Bedarfsgerechte Vernetzung mit dem Sozialraum und ein an die Bedürfnisse der Eltern angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Inwiefern sieht die FDP diese Koordinationsaufgabe bei einer Kindertageseinrichtung/ einem Familienzentrum? Wird die FDP bei einer Regierungsbeteiligung diesen Koordinierungsaufwand bei der Landesförderung strukturell oder finanziell berücksichtigen?

Die Koordinierung, wie auch die konkrete Struktur müssen vor Ort in den Kommunen, wo das tatsächliche Leben stattfindet, entwickelt und umgesetzt werden.

- 8) Sieht die FDP die Notwendigkeit einer Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG) oder die ausführende Landesverordnung in der kommenden Legislatur?
- a) Wenn ja, in welcher Hinsicht?

Wir sind ein jederzeit aufgeschlossener und verlässlicher Ansprechpartner insbesondere im Hinblick auf Diskussionsprozesse zur Weiterentwicklung von Angebotsstrukturen und Notwendigkeiten zur Anpassung von Gesetzen und Verordnungen an neue Herausforderungen.

Vereinbarkeit Familie und Beruf

Für viele Familien und besonders für Mütter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft noch eine Herausforderung. Und selbst wenn sie gelingt, so wären doch gerne mehr Mütter mit einer höheren Wochenstundenzeit erwerbstätig oder wünschen sich mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung (siehe AID:A Survey II: Aufwachsen in Deutschland des DJI).

- 9) Wie möchte die FDP die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Pflege und Beruf in Baden-Württemberg weiter verbessern?
- 10) Welche Faktoren (Öffnungszeiten, Angebot, Partizipation der Eltern) sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Sicht der FDP maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?
- a) Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsangebote für Eltern im Schichtdienst:
 - b) Bedarfsgerechte Angebote in oder im Umfeld der Kindertageseinrichtung (One-Stop-Shop-Prinzip):
 - c) Partizipation der Eltern – Eltern als Experten für ihre Kinder ernst nehmen:
 - d) Zusätzliche Faktoren, die aus Sicht der FDP maßgeblich sind:

Wir Freien Demokraten werden:

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf sowie Schule und Beruf weiter verbessern und flexiblere Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten fördern und Tagesmütter und Tagesväter unterstützen und nicht durch eine bürokratische Überregulierung behindern;

uns dafür einsetzen, dass eine Ganztagsbetreuung durch das Land unterstützt wird. Dabei ist es gleich, ob es sich um Ganztagschulen, Kinderhorte oder andere Ganztagsbetreuung in freier Trägerschaft handelt. Das Budget folgt auch hier dem Kind. Es ist darüber hinaus darauf zu achten, dass Ganztagschulen auch eine Ganztagsbetreuung anbieten – es kommt bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nämlich insbesondere darauf an, dass die übliche Arbeitszeit plus Fahrzeiten durch die Betreuung abgedeckt sind;

das Problem der Schulferienbetreuung angehen, damit durch die Vielzahl an Ferientagen berufstätige Eltern nicht zu sehr belastet werden. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen, die zusammen mit den Kommunen, Kirchen und Vereinen entwickelt bzw. verbessert werden müssen und die auch eine zuverlässige Nachmittagsbetreuung gewährleisten können.

Inklusion und Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen

Nach einer Expertise der Robert Bosch Stiftung (Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement) eignen sich Familienzentren besonders um eine Integration von Flüchtlingen vor Ort zu fördern. Durch die Sozialraumorientierung und dem bedarfsgerechten ganzheitlichen Angebot sind Familienzentren (bzw. Eltern-Kind-Zentren, Kinder- und Familienzentren oder Familienkitas) ideale Brückenbauer zwischen Familien mit Fluchterfahrung und dem Sozialraum.

- 11) Welche Rolle haben aus Sicht der FDP Kindertageseinrichtungen und vor allem Familienzentren bei der Integration von Asylbewerbern in Städte und Gemeinden?

Kindertageseinrichtungen und Familienzentren nehmen bei der Integration von Asylbewerbern, die eine gute Bleibeperspektive besitzen, eine wichtige Rolle ein. Sie ermöglichen den frühen Zugang zu Bildungs- und Betreuungsangeboten und sind daher ein wichtiger Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Teilhabe aller Kinder an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung, was wiederum für die Integration von elementarer Bedeutung ist. Im Fall von Asylbewerbern ist die Sprachförderung insbesondere im frühkindlichen Alter wichtig, um die eben angesprochenen Aspekte der Chancengerechtigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe zu schützen und zu fördern.

- 12) Welche Chancen ergeben sich aus Sicht der FDP aus der Inklusion im frühkindlichen Bereich?

Inklusion im frühkindlichen Bereich sehen wir als große Chance, dass bereits in jungen Lebensjahren praktisch erfahren werden kann, dass es normal ist, verschieden zu sein. Darin sehen wir einen wesentlichen Baustein, um Diskriminierungen und Nachlässigkeiten aus bloßer Unkenntnis heraus zu vermeiden und dem Ziel einer barrierefreien Gesellschaft näher zu kommen. Das betrifft vor allem die Barrieren in den Köpfen.

- 13) Welche Chancen sieht die FDP in der aufsuchenden Arbeit in den Familien, um die Integration von Flüchtlingsfamilien zu fördern?

Besonders in den Flüchtlingsunterkünften der Erstaufnahme betrachten wir Hilfefonnum, Rückzugsräume, speziell geschulte AnsprechpartnerInnen sowie spezielle Angebote für traumatisierte Frauen und Kinder als wichtige Instrumente, um dem besonderen Schutzbedürfnis der Betroffenen zu werden. Anknüpfend daran muss auch bei der Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen sichergestellt werden, dass hinreichende Behandlungs- und Beratungsangebote angeboten werden.

- 14) Wie möchte die FDP die im Rahmen ESF-Bundesprogramms Elternchancen II vorgesehene Qualifizierung ausgebildeten Elternbegleiterinnen und Elternbegleiter in Baden-Württemberg nutzen, um eine Integration der Flüchtlingsfamilien vor Ort zu unterstützen?

a) Wenn ja, was plant die FDP diesbezüglich?

Das ESF-Programm „Elternchance II“ verfolgt einen vielversprechenden Ansatz, der nicht zuletzt auch einen wichtigen Beitrag zur Integration von Flüchtlingskindern und ihren Eltern leisten kann. Das Programm fördert Schulungsangebote, die sich an in der frühkindlichen Bildung und Erziehung

tätiges Personal richten und deren Gegenstand die Erziehungspartnerschaft mit den Eltern ist. Da vom Gelingen dieser Erziehungspartnerschaft maßgeblich eine gelingende Erziehung insgesamt abhängt, wollen wir Freien Demokraten uns dafür einsetzen, dass die Mittel aus dem Programm auch tatsächlich abgerufen werden beziehungsweise entsprechende Angebote für Interessierte zur Verfügung stehen.

- 15) Wie möchte die FDP interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen bei pädagogischen Fachkräften an Kindertageseinrichtungen und in der Familienbildung fördern?

Der interkulturellen und interreligiösen Kompetenz bei Fachkräften in Kindertageseinrichtungen kommt eine wachsende Bedeutung zu. Deshalb sollten entsprechende Inhalte Bestandteil der jeweiligen Ausbildung beziehungsweise Qualifizierung sein. Zudem sollten entsprechende Fortbildungsangebote zur Verfügung stehen. Ein wichtiges Anliegen der FDP ist die Verbindlichmachung des Orientierungsplans für eine frühe Pädagogik; Interkulturelle und interreligiöse Aspekte sind Gegenstand des Orientierungsplans, insbesondere im Bildungs- und Entwicklungsfeld „Sinn, Werte und Religion“. Die damalige christlich-liberale Landesregierung hat gemeinsam mit den Kommunen 210 Millionen Euro für den ersten Schritt zur Verbindlichmachung des Orientierungsplans einschließlich Fortbildung zur Verfügung gestellt. Die grün-rote Landesregierung hat trotz entsprechender Ankündigungen im Koalitionsvertrag keine weiteren Schritte in diesem Zusammenhang unternommen. Ungeachtet dessen wollen wir Freie Demokraten den von uns eingeschlagenen Weg zur Verbindlichmachung des Orientierungsplans im Falle einer Regierungsbeteiligung weiter gehen.

- 16) Ab wann gilt aus Sicht der FDP ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (Ü3) für Flüchtlingskinder? Und ab wann sollte er gelten, um die Bildungschancen der Kinder mit Fluchterfahrung zu fördern?

Flüchtlingsfamilien, die aufgrund ihrer guten Bleibeperspektive aus der Erstaufnahmestelle einer Kommune zugewiesen werden, sollten schnellstmöglich integriert werden. Parallel zum

Rechtsanspruch deutscher Familien hinsichtlich eines Betreuungsplatzes (Ü3), sollte auch Flüchtlingskindern im Vorschulalter der Zugang zu Betreuungsangeboten ermöglicht werden. Frühkindliche Integration muss gelingen, eine gelungene pädagogische Konzeption muss sichergestellt werden.

- 17) Wie plant die FDP in der kommenden Legislatur eine Integration von Flüchtlingsfamilien vor Ort zu fördern?

Die Vermittlung von Bildung und Arbeit stellt für die Freien Demokraten den elementaren Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik von Flüchtlingen bzw. Flüchtlingsfamilien dar. Im Zuge einer menschenwürdigen und respektvollen Aufnahme möchte die FDP in Baden-

Württemberg besonders bei Kindern und Jugendlichen, welche mit ihren Eltern als Flüchtlinge nach Deutschland kommen auf eine angemessene schulische und berufliche Ausbildung hinwirken. Im Falle eines erfolgreichen Ausbildungsabschlusses soll deshalb des Weiteren die Möglichkeit eines Bleiberechts, auch nach dem Wegfall des Fluchtgrundes, bestehen. Für die Verwirklichung dieses Vorhabens ist es notwendig bei allen bleibeberechtigten Flüchtlingen eine Erhebung über ihren bisherigen Bildungsstand durchzuführen um die konkreten Bildungsbedarfe im jeweiligen Fall zu kennen und um Bildungsangebote im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auch adäquat ausrichten zu können. Die Vermittlung der deutschen Sprache durch das Angebot von Sprachkursen und die damit bereitgestellte Möglichkeit zur Kommunikation und Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung gilt es von Tag eins zu gewährleisten und voran zu treiben. Des Weiteren muss im Zuge dieser Sprachvermittlung auch eine Aufklärung über die hier herrschenden kulturellen Gegebenheiten stattfinden, denn die vorbehaltlose Achtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist eine unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

Zuständigkeitsübergreifende Kooperationen

Kinder- und Familienzentren befinden sich an der Schnittstelle von Gesundheits-, Jugend- und Sozialamtszuständigkeit. Ein Charakteristikum für pädagogische und soziale Dienstleistungen in Deutschland sind Vielfalt und Nebeneinander unterschiedlicher Angebotsformen und Träger von Angeboten. Für einzelne Familien und Kinder sind alle Ämter zuständig. Die Träger- und Angebotsvielfalt trägt dann, wenn regelmäßig Abstimmungen zwischen ihnen stattfinden. Bislang findet eine familienbezogene Koordination der Zuständigkeiten und Angebote kaum statt.

- 18) Welche Maßnahmen plant FDP (auf Bundes- und Landesebene) zur Entsäulung der Zuständigkeiten für eine verbesserte Abstimmung der Angebote von Dienstleistern wie Jugendhilfe, Sozialhilfe und dem Gesundheitswesen?

Freie Demokraten

Landesverband **FDP**
Baden-Württemberg

Wir treten generell für den Abbau von Bürokratie ein und denken vom Menschen her. Die Idee des integrierten Ansatzes, wie er mit den gemeinsamen Servicestellen im Bereich der Rehabilitation nach SGB IX bereits eingeschlagen wurde, verdient ausgebaut zu werden. Ein Großteil der Aufgabentrennung beruht jedoch auf vorrangigem Bundesrecht. Im Bereich der Landeszuständigkeit wurde mit der Verwaltungsstruktur-Reform bereits eine Bündelung auf Ebene der Kreise erreicht. Die regionalen Gesundheitskonferenzen könnten eine Plattform sein, um zusätzliche Impulse für sektorenübergreifendes Denken zu bieten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL